

# Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

01. Februar 2021

## Ägypten

### **Hochrangige Vertreter der Muslimbruderschaft auf Terrorliste gesetzt**

Am 25.01.21 haben die Justizbehörden 50 hochrangige Vertreter der verbotenen Muslimbruderschaft auf die staatliche Terrorliste gesetzt. Zudem beschlossen die Behörden, die Organisation für weitere fünf Jahre als terroristische Organisation einzustufen.

Ein Kairoer Gericht beschloss am 18.01.21 die Beschlagnahmung des Vermögens von 89 Mitgliedern der Muslimbruderschaft, darunter auch das Erbe des ehemaligen Staatspräsidenten Mohammed Mursi sowie das Vermögen des sich in Haft befindenden ehemaligen Anführers der Organisation, Mohammad Badie. Das beschlagnahmte Vermögen soll in die Staatskasse des Landes übergehen.

Nachdem die Regierung unter dem ehemaligen Staatspräsidenten Mohammed Mursi im Juli 2013 vom ägyptischen Militär gestürzt worden war, wurde die Muslimbruderschaft im Dezember 2013 verboten und zur Terrororganisation erklärt.

## Afghanistan

### **Anschläge, Kampfhandlungen, zivile Opfer**

Die Afghan Independent Human Rights Commission (AIHRC) veröffentlichte am 28.01.21 ihren Bericht zu zivilen Opfern im Jahr 2020. Hiernach wurden 8.500 zivile Opfer (2.958 getötete und 5.542 verletzte Zivilisten) dokumentiert. Gegenüber 2019 bedeutet dies einen Rückgang um 21 %, was die im letzten Bericht der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) erkennbare Tendenz für die ersten drei Quartale 2020 (der Jahresbericht der UNAMA liegt noch nicht vor) bestätigt. Nach den Daten der AIHRC fielen dem Konflikt 13 % weniger Frauen und 25 % weniger Kinder als im Vorjahr zum Opfer. Hinsichtlich der Verursacher ziviler Opfer wurde ein Rückgang bei den Taliban (40 % weniger), dem ISKP (21 %) und den Regierungskräften (16 %) festgestellt. Allerdings hat sich die Zahl der von unbekanntem Verursachern zu verantwortenden Opfer laut AIHRC mehr als verdoppelt. Dies entspricht den (auch in den BN thematisierten) Pressemeldungen und anderen Veröffentlichungen der vergangenen Wochen und Monate, wonach immer seltener eine Gruppe die Verantwortung für Anschläge übernahm. Die afghanische Regierung sieht hier oftmals die Taliban in der Verantwortung, was diese aber i.d.R. bestreiten. Weiterhin berichtet AIHRC, dass sich die Zahl der gezielten Angriffe verdreifacht hätte. Ziele seien vor allem Staatsbedienstete, Journalisten, Aktivisten der Zivilgesellschaft, religiöse Gelehrte, einflussreiche Persönlichkeiten, Mitglieder der Nationalversammlung und Menschenrechtaktivisten gewesen.

Nach Recherchen der New York Times wurden im Januar 2021 (Stand: 28.01.21) 239 auf Regierungsseite stehende Kräfte und 77 Zivilisten getötet.

### **Angriff auf Stützpunkt in Nangarhar**

Am 30.01.21 fuhr in der östlichen Provinz Nangarhar ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug in einen Stützpunkt afghanischer Sicherheitskräfte. Mindestens acht Personen kamen bei dem Angriff, zu dem sich die Taliban bekannten, ums Leben.

## **Bosnien und Herzegowina**

### **Wahlkommission erhebt Anklage gegen Milorad Dodik wegen Anstiftung zum nationalen Hass**

Laut aktuellen Medienberichten hat die Zentrale Wahlkommission (CIK) Klage gegen den bosnisch-serbischen Führer und das serbische Mitglied der Staatspräsidentschaft Milorad Dodik eingereicht. Die Kommission werfe ihm vor, nationalen Hass geschürt und die CIK sowie ihr serbisches Kommissionsmitglied Vanja Bjelica-Prutina beleidigt zu haben. Im Falle eines Schuldspruches wäre mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zehn Jahren zu rechnen.

## **DR Kongo**

### **Rücktritt des Premierministers nach Misstrauensvotum**

Premierminister Sylvestre Ilunga Ilunkamaba hat am 29.01.21 seinen Rücktritt bei Präsident Félix Tshisekedi eingereicht. Am 27.01.21 hatten 367 von 377 abstimmenden Abgeordneten der Nationalversammlung (Unterhaus des Zwei-Kammern-Parlaments) dem Premierminister das Misstrauen ausgesprochen. Die Sitzung wurde von Abgeordneten und Ministern, die zum politischen Lager von Tshisekedis Vorgänger Joseph Kabila zählen, boykottiert. Unmittelbar nach der Abstimmung hatte Ilunga seinen Rücktritt noch abgelehnt und zunächst die Bestimmung eines neuen Präsidiums der Nationalversammlung gefordert, wobei er sich auf eine Vereinbarung mit Kabila und anderen Würdenträgern der Provinz Katanga berief. Am 10.12.20 hatte die Nationalversammlung ihre ebenfalls Kabila nahestehende Präsidentin abgesetzt (vgl. BN v. 14.12.20).

## **Gambia**

### **Beschluss zur Verlängerung des militärischen Truppenmandats**

Im Rahmen der am 23.01.21 virtuell abgehaltenen 58. ordentlichen Sitzung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) unter dem Vorsitz des ghanaischen Präsidenten Akufo-Addo erfolgte die Verabschiedung eines Beschlusses zur Verlängerung des militärischen ECOWAS-Truppenmandates in Gambia um weitere zwölf Monate. Die Mandatsverlängerung zielt vor allem darauf ab, den Transformationsprozess des Sicherheitssektors auch in Zukunft zu unterstützen sowie einer politischen Instabilität, insbesondere während der für Dezember 2021 vorgesehenen gambischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, vorzubeugen.

### **Neues Mordurteil ohne Verhängung der per Gesetz vorgesehenen Todesstrafe**

Unter Berücksichtigung des Bestehens eines regierungsoffiziellen de facto Moratoriums zur Todesstrafe bei erfolgter Umwandlung aller bestehenden Todesurteile in lebenslange Haftstrafen, verurteilte der High Court in Banjul mit Urteil vom 21.01.21 den Angeklagten Abdul Aziz Njie wegen Mordes gemäß Artikel 187 des gambischen Strafgesetzbuches zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Dies geschah, obwohl in Fällen einer Verurteilung wegen Mordes (ex lege) nach Maßgabe des Artikels 188 des gambischen Strafgesetzbuches zwingend die Todesstrafe festzusetzen wäre.

## **Indien**

### **Bauernproteste eskalieren am Tag der Republik**

Am 26.01.21 war den protestierenden Landwirten, die seit zwei Monaten zu Zehntausenden vor Neu-Delhi gegen die Liberalisierung des Agrarsektors protestieren, gestattet worden, eine Traktorparade am Tag der Republik abzuhalten. Diese sollte nach einer Militärparade zum Red Fort, wo Indien 1947 seine Unabhängigkeit ausrief,

stattfinden. Drei Routen ausgehend von den drei Protestcamps Ghazipur im Osten, Singhu im Norden und Tikri im Westen durch die Peripherie Delhis waren genehmigt worden.

Die Auflagen wurden nicht eingehalten, aufgestellte Barrikaden wurden durchbrochen und vorgegebene Routen verlassen. Die Traktoren erreichten noch vor dem Mittag während der Militärparade die Innenstadt. Die Polizei versperrte mit einem Großaufgebot die Wege. An mehreren Orten in Delhi eskalierte die Situation. Die Polizei setzte erst Schlagstöcke, später auch Tränengas ein. Außerdem zeigen Videos, wie Bauern versuchen, Polizisten mit Traktoren zu überfahren. Die Regierung sperrte das mobile Internet in Delhis Außenbezirken. Am Nachmittag gelang es Hunderten, das Red Fort zu stürmen. Erst gegen Abend hatte die Polizei die Lage wieder unter Kontrolle. Es kam zu Verletzten, mindestens ein Protestierender starb.

Am 28.01.21 scheiterte der Versuch von Sicherheitskräften, das Protestcamp in Ghazipur zu räumen. Die Protestierenden weigerten sich, das Camp zu verlassen.

Am 29.01.21 wurde als Reaktion auf mehrere Demonstrationen in unterschiedlichen Orten im Bundesstaat Haryana in zwei Drittel der Distrikte das mobile Internet abgeschaltet. Bei einem Protest in Singhu setzte die Polizei Tränengas und Schlagstöcke ein.

Unterdessen verurteilte Premierminister Narendra Modi die Ausschreitungen in Neu-Delhi und kündigte an, umfassende Agrarreformen vorantreiben zu wollen.

Für den 01.02.21 ist ein neuerlicher Protestmarsch in die Hauptstadt geplant.

## **Iran**

### **COVID-19-Pandemie: Warnungen vor vierter Corona-Welle und Diskussionen um Impfstoff**

Angeichts steigender Fallzahlen warnen Politiker und Ärzte in Iran vor einer vierten Welle der COVID-19-Pandemie. Betroffen sind die Provinzen Mazandaran und Golestan im Norden und einige Provinzen im Süden des Landes. Inzwischen wurden auch die ersten Fälle der britischen Mutationsvariante im Land bestätigt. Die iranische Regierung möchte im Februar 2021 unter Nutzung des russischen Impfstoffs Sputnik V mit der Impfkampagne beginnen. Allerdings sprach sich die für die Impfungen zuständige Ärztin im nationalen Corona-Krisenstab, Minu Mohraz, gegen das russische Vakzine aus, da dieses nicht von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zertifiziert ist. Mitglieder des Corona-Krisenstabs bescheinigen außerdem dem ersten im eigenen Land hergestellten Impfstoff Coviran Barekat eine hohe Wirksamkeit, allerdings befindet sich dieser noch in der ersten Testphase.

### **Hinrichtungen**

Am Montag dem 25.01.21 wurde in Dezful (Provinz Khuzestan) Mehdi Ali Hosseini hingerichtet. Der 29-jährige Ringer war nach einer Schlägerei mit Todesfolge 2015 zu einer Qesas-Strafe (Bestrafung nach Art des Verbrechens mit Konsens der Familie des Opfers) verurteilt worden (vgl. BN v. 18.01.21). Vollstreckt wurde zudem das Todesurteil gegen den arabischstämmigen Boxer Ali Motayyiri in Ahvaz (ebenfalls in Khuzestan) am 28.01.21. In Zahedan (Sistan und Baluchistan) wurde am 30.01.21 der 31-jährige Javid Dehqan, ein Angehöriger der Minderheit der Baluchen, hingerichtet. Motayyiri war wegen einer mutmaßlichen Mitgliedschaft im IS und der Tötung von zwei Basijis verurteilt worden. Dehqan war wegen Mitgliedschaft in der bewaffneten Gruppe Jaish al-Adl (Armee der Gerechtigkeit) und Mord an zwei Revolutionsgardisten verurteilt worden. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte verurteilte die inzwischen 28 Hinrichtungen, u.a. an Angehörigen ethnischer Minderheiten im Zeitraum Dezember 2020 und Januar 2021. Iranische Auslandsmedien und Menschenrechtsorganisationen sehen einen Zusammenhang zwischen den Todesurteilen und der jüngsten Repressionswelle gegen ethnische und religiöse Minderheiten.

## **Jemen**

### **Kämpfe in Hodeida**

Seit Mitte Januar 2021 haben sich die Kämpfe zwischen Houthi-Rebellen und regierungstreuen Kräften in den südlichen Teilen des Gouvernements Hodeida verschärft. Während der Kämpfe wurden auch Wohngebiete beschossen. Dabei sollen eine unbekannte Anzahl von Zivilisten getötet sowie Häuser und Bauernhöfe beschädigt

worden sein. Mindestens 700 Menschen mussten aus dem Gebiet fliehen. In den letzten drei Monaten des Jahres 2020 wurden 153 zivile Opfer in Hodeida gemeldet, die höchste Zahl in einem Gouvernement im ganzen Land.

### **Korruption**

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Vereinten Nationen (UN) hebt hervor, dass sowohl die jemenitische Regierung als auch die Houthi-Rebellen in Korruption und Geldwäschepraktiken involviert seien. Die jemenitische Regierung soll 423 Mio. USD, die eigentlich für den Kauf von Nahrungsmitteln vorgesehen waren, illegal an private Unternehmen weitergeleitet haben. Die Regierung hat diese Vorwürfe zurückgewiesen. Die Houthis sollen 1,8 Mrd. USD an Steuern und anderen staatlichen Einnahmen zur Finanzierung des Krieges im Jahr 2019 verwendet haben, obwohl das Geld eigentlich für die Zahlung von Gehältern im öffentlichen Dienst und die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen verwendet werden sollte. Die Nichtregierungsorganisation Transparency International (TI) zählt Jemen zu den fünf korruptesten Ländern der Welt im Jahr 2020.

## **Marokko**

### **COVID-19-Pandemie**

Marokko hat mit Impfungen mit den Impfstoffen von AstraZeneca und Sinofarm begonnen. Zuerst sollen Jugendliche über 17 Jahren (sie machen ca. 70 % der Bevölkerung aus), dann Beschäftigte im Gesundheitswesen, die älter als 40 Jahre sind, Lehrerinnen und Lehrer älter als 45 und Beamte, Militärs und Menschen älter als 75, geimpft werden. König Mohamed VI hat sich als Erster impfen lassen. Zuletzt waren die Städte Casablanca und Salè am stärksten von der Pandemie betroffen.

## **Myanmar**

### **Militärputsch**

Am 01.02.21 hat die Armee (Tatmadaw) den Ausnahmezustand ausgerufen, der für ein Jahr gelten soll. Die National League for Democracy (Nationale Liga für Demokratie, NLD) teilte mit, dass die bisherige de-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi, Präsident Win Myint und weitere Politiker von der Armee wegen Wahlbetrugs festgenommen oder unter Hausarrest gestellt worden seien. 27 Personen sollen Medienberichten zufolge verhaftet worden sein, überwiegend Spitzenfunktionäre der NLD, aber auch Schriftsteller, Filmschaffende sowie Personen aus der Gruppe der Studenten von 88. Zwischen der Regierung von Aung San Suu Kyi und der Armee hatte es wegen Vorwürfen angeblichen Wahlbetruges bei der Parlamentswahl vom 08.11.20 Spannungen gegeben. Die NLD hatte die Wahl mit 83 % der Sitze gewonnen, die Armee behauptete jedoch wiederholt, es sei zu Wahlbetrug gekommen, was eine unabhängige Wahlkommission aber bestritt. Seitdem weigert sich das Militär, das Wahlergebnis zu akzeptieren. Die erste Sitzung des neu gewählten Parlaments hätte am 01.02.21 stattfinden sollen, noch am 30.01.21 hatte die Armee Putschgerüchte zurückgewiesen. Medienberichten zufolge seien Telefonleitungen und das Internet in der Hauptstadt Naypyidaw gekappt worden sein, alle Banken des Landes wurden geschlossen. Der ehemalige General und bisherige Vize-Präsident Myint Swe wird Medienberichten zufolge vorübergehend Staatsoberhaupt, die tatsächliche Macht verbleibt aber bei Armeechef Min Aung Hlaing, der während des Ausnahmezustandes unverändert die oberste Befehlsgewalt besitzt.

## **Nigeria**

### **Blasphemie-Urteile aufgehoben**

Ein Berufungsgericht im nordnigerianischen Kano hat am 21.01.21 die Verurteilung eines Minderjährigen (13 Jahre) zu zehn Jahren Freiheitsstrafe wegen Blasphemie aufgehoben. Laut Medienberichten verwiesen die Richter des Kano State High Court dabei auch auf das Alter des Jungen. Dieser war im August 2020 (vgl. BN v. 17.08.20) von einem Upper Sharia-Gericht zu der hohen Haftstrafe verurteilt worden, weil eine Bemerkung gegenüber einem Bekannten als Gotteslästerung aufgefasst worden war. Der damalige Richterspruch war international scharf kritisiert worden, u.a. auch von der UN-Kinderhilfsorganisation UNICEF. Ebenfalls am 21.01.21 wurde vom selben Berufungsgericht ein Todesurteil wegen Blasphemie gegen einen Sänger aufgehoben. Begründet wurde dies laut

Medienberichten mit formellen Unregelmäßigkeiten im Strafverfahren. Der Sänger war im August 2020 zum Tod durch den Strang verurteilt worden, weil er den Propheten Mohammed in einem über WhatsApp verbreiteten Lied beleidigt haben soll (vgl. BN v. 05.10.20). Kano zählt zu den Bundesstaaten, in denen Scharia-Rechtsprechung zur Anwendung kommt.

### **Öl-Konzern muss Bauern entschädigen**

Ein Gericht in den Niederlanden hat die nigerianische Tochter des Shell-Konzerns am 29.01.21 wegen Ölverschmutzung verurteilt. Die Richter stellten fest, dass Shell nigerianischen Bauern Schadensersatz schulde für durch Öl-Lecks verursachte Verseuchungen in den Jahren 2004 und 2005. Die Höhe der Entschädigung muss noch festgesetzt werden. Das Urteil könnte weitreichende Folgen für Energieunternehmen haben.

### **Anhaltend hohe Korruption**

Nigeria ist im jüngsten Korruptionsranking von Transparency International (TI) zurückgefallen. Ausweislich des von TI am 28.01.21 veröffentlichten Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index, kurz CPI) 2020 verlor Nigeria im globalen Ranking drei Plätze und belegt nun Rang 149. Im Index 2018 hatte sich das Land noch um vier Plätze auf Rang 144 verbessern können. Vertreter der nigerianischen Regierung sind der Ansicht, dass die schlechte Platzierung nicht zu den Erfolgen der aktuellen Regierung im Kampf gegen die Korruption passe. Der CPI bewertet die Situation in 180 Ländern auf der Grundlage der wahrgenommenen Korruption im öffentlichen Sektor.

## **Nordmazedonien**

### **Fragen zur Zählung ethnischer Minderheiten erschweren Umsetzung der Volkszählung**

Einem Bericht der Balkan-Service-Plattform Radio Free Europe (RFE/RL) zufolge hat das nordmazedonische Parlament mit einer knappen Mehrheit von 62 (von 120) Abgeordneten ein umstrittenes Gesetz zur Durchführung der ersten Volkszählung seit fast 20 Jahren verabschiedet. Die Umsetzung des für eine Planung des Wirtschafts- und Bildungssystems sowie zur Aktualisierung der Wahllisten notwendigen neuen Zensus, der maßgeblich von der Regierung unter Premierminister Zoran Zaev im Einvernehmen mit den ethnisch-albanischen Regierungsparteien vorangetrieben worden war, sei für April 2021 geplant. Die Oppositionspartei Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE) habe die Abstimmung boykottiert, da sie die im Gesetz festgelegte Volkszählungsmethode grundsätzlich in Frage stelle. Laut RFE-Recherchen würden die Bemühungen, die Bevölkerungsstatistik zu aktualisieren, immer wieder durch innenpolitische Streitigkeiten über die Größe ethnischer Minderheiten, insbesondere der ethnischen albanischen Gemeinschaft, behindert. Diese Daten seien politisch sensibel, da die Verfassung Sonderrechte für Minderheitengruppen vorsehe, die mindestens 20 % der nationalen oder lokalen Bevölkerung einer Gebietseinheit ausmachten.

## **Pakistan**

### **Regierung kündigt Überprüfung der Regelungen zur Internetzensur an**

Am 25.01.21 kündigte die pakistanische Regierung an, die im November 2020 verabschiedeten restriktiven Regelungen zum Löschen und Blockieren von Internetinhalten, Removal and Blocking of Unlawful Online Content (RBUOC), gemeinsam mit Vertretern der Zivilgesellschaft nochmals zu überprüfen. Die Vorschriften ermöglichen es, Inhalte in sozialen Medien zu blockieren. Auch müssen sämtliche Plattformen und Messaging-Dienste entschlüsselte Benutzerdaten ohne gerichtlichen Beschluss an Behörden weitergeben.

Diese Regelungen erweitern die Befugnisse des 2016 verabschiedeten Pakistan Electronic Crimes Act (PECA), auf dessen Grundlage die Internetregulierungsbehörde, Pakistan Telecommunications Authority (PTA), Inhalte zensurieren kann, die als Verstoß gegen den „Ruhm des Islam“, die „Integrität, Sicherheit und Verteidigung Pakistans“, die „öffentliche Ordnung“ oder „Anstand und Moral“ angesehen werden.

## Russische Föderation

### **Erneut landesweite Proteste für die Freilassung von Putin-Kritiker Alexej Nawalny**

In Russland folgten am 31.01.21 landesweit wieder Zehntausende Menschen einem Protestaufruf von Oppositionspolitiker Alexej Nawalny. Die Demonstrierenden protestierten gegen Präsident Wladimir Putin und forderten die Freilassung Nawalnys. Bei Kundgebungen in rund 100 Städten sind Bürgerrechtlern und dem Portal Owd-Info zufolge mehr als 5.100 Menschen festgenommen worden, deutlich mehr als bei den Protesten eine Woche zuvor. Die meisten Festnahmen, mit mehr als 1.600, gab es demnach in der Hauptstadt Moskau. Zudem kamen mehr als 60 Journalisten vorübergehend in Gewahrsam. Die Sicherheitskräfte sollen mit massiver Gewalt gegen die Demonstrierenden in Moskau und St. Petersburg vorgegangen sein. So stießen in St. Petersburg Demonstrierende mit der Sonderpolizei OMON zusammen, die mit Tränengas und Elektroschockern die Protestierenden attackierte.

Unter den Festgenommenen war auch die Frau des Putin-Kritikers, Julia Nawalnaja, die am Abend des 31.01.21 wieder auf freien Fuß kam. Medienberichten zufolge muss Julia Nawalnaja aber am 01.02.21 wegen Teilnahme an nicht genehmigten Kundgebungen vor Gericht. Ihr drohen demnach eine Geldstrafe oder bis zu 15 Tage Haft. Schon zuvor waren im Laufe der letzten Woche zahlreiche Mitstreiter und Nawalnys Bruder Oleg festgenommen und zu Hausarrest verurteilt worden, wohl in der Absicht, die geplanten Protestkundgebungen entscheidend schwächen zu können.

Das Team des inhaftierten Alexej Nawalny rief für die kommende Woche zu weiteren Demonstrationen auf. Die Menschen sollten den Oppositionellen am 02.02.21 vor einem Gericht in Moskau unterstützen. Es geht bei der Verhandlung darum, ob eine frühere Bewährungsstrafe in eine Haftstrafe umgewandelt wird. Nawalny drohen bei einer Verurteilung mehrere Jahre Gefängnis.

## Somalia

### **Angriff auf Hotel in Mogadischu**

Al-Shabaab griff am 31.01.21 das Afrik-Hotel in Mogadischu an. Nachdem ein Selbstmordattentäter mit einem Auto in den Eingang fuhr und eine Explosion auslöste, stürmten Mitglieder der Miliz das Gebäude. Bei dem Angriff wurden sowohl mehrere Zivilisten als auch al-Shabaab-Kämpfer getötet und verletzt, darunter auch ein bekannter ehemaliger Militärgeneral.

### **Kämpfe in Grenzstadt vor der Wahl**

In Bulo Hawo, einer somalischen Stadt nahe der somalisch-kenianischen Grenze in der Region Gedo, kam es am 25.01.21 zu Kämpfen zwischen Truppen der Somali National Army (SNA) und des Regionalstaates Jubaland. Mindestens elf Menschen wurden getötet, die meisten von ihnen waren Kinder. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig, den Angriff initiiert zu haben. Zudem behaupten beide Parteien, den Kampf gewonnen zu haben. Berichten zufolge nahm die SNA jedoch etwa 100 Kämpfer der anderen Seite fest. Kräfte der SNA sind seit Mitte 2020 in Jubaland stationiert.

Der Regionalpräsident von Jubaland, Ahmed Madobe, soll von Kenia unterstützt werden. Somalia beschuldigt Kenia daher, hinter dem Angriff zu stecken. Kenia bestreitet jedoch jegliche Beteiligung. Somalia brach im Dezember 2020 nach mehreren Streitigkeiten die diplomatischen Beziehungen zu Kenia ab. Dem gegenüber stehen Vorwürfe, dass der somalische Präsident Farmajo versucht, den Konflikt zu schüren, um Unterstützung bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen im Februar zu gewinnen. Jubaland weigerte sich lange, an den Wahlen teilzunehmen, da es der Wahlkommission vorwarf, zugunsten des derzeitigen Präsidenten voreingenommen zu sein. Am 27.01.21 stimmten die Regionalregierungen von Jubaland und Puntland allerdings der Teilnahme zu.

### **Meldung aus BN v. 25.01.21 zurückgezogen**

Die Meldung, wonach ugandische AMISOM-Soldaten am 22.01.21 189 al-Shabaab-Kämpfer getötet haben sollen (vgl. BN v. 25.01.21), wurde mangels Bestätigung zurückgezogen.

## Syrien

### **13 Tote bei Anschlägen in Azaz und in der Nähe von al-Bab**

In dem Gebiet mit türkischer Militärpräsenz wurden am 31.01.21 in einem Abstand von wenigen Stunden zwei Autobomben gezündet, bei denen sechs Zivilisten und sechs Angehörige von verbündeten Milizen der Türkei getötet wurden. Die Anschlagorte liegen etwa 50 km voneinander entfernt.

### **Vier Tote bei Anschlag in Afrin**

Am 30.01.21 sind in einem anderen Gebiet mit türkischer Militärpräsenz mindestens vier Personen bei der Explosion einer Autobombe ums Leben gekommen. Einem Aktivistenkollektiv aus der Region zufolge sollen alle vier Milizenkämpfer gewesen sein, die mit der Türkei assoziiert waren. Afrin steht seit 2018 unter Kontrolle des türkischen Militärs und seiner verbündeten Rebellen.

### **Ein Toter bei Protestaktion von Assad-Anhängern in Hassakah**

Syrische Staatsmedien berichteten von einem Toten bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten in der Gouvernmenthauptstadt Hassakah und kurdisch geführten Sicherheitskräften am 31.01.21. Die Demonstration einiger Dutzend Männer ging aus einem Stadtteil hervor, der von Assad-treuen Kräften kontrolliert wird.

Hawar, eine kurdisch geführte Nachrichtenagentur, berichtete, die Sicherheitskräfte aus den umliegenden Gebieten, die unter der Kontrolle der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) stehen, seien von den Protestierenden unter Beschuss genommen worden, woraufhin das Feuer auf die mutmaßlichen Angreifer eröffnet worden sei. Bei dem Getöteten soll es sich um ein Mitglied der syrischen Streitkräfte handeln.

Keine der beiden Darstellungen konnte bislang von unabhängiger Seite verifiziert werden.

Die SDF teilen sich in den Städten Hassakah und Qamischli die Kontrolle mit zentralstaatlichen Sicherheitskräften aus Damaskus. Letztere haben eine Präsenz in ausgewiesenen Sicherheitszonen. Beide Konfliktparteien sollen in den letzten Wochen verstärkt gegen die jeweiligen Unterstützer der anderen Seite vorgegangen sein. Die SDF hatte daraufhin Ein- und Ausgangssperren über Stadtteile mit regierungstreuer Truppenpräsenz verhängt.

## Türkei

### **Neue Operationen zur Terrorismusbekämpfung**

Nach Angaben des türkischen Innenministeriums vom 26.01.21 wurde der Kampf gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ausgeweitet und es seien zwei neue Phasen einer laufenden nationalen Operation zur Terrorismusbekämpfung im Osten und Südosten eingeleitet worden. Die Operation Eren-4 Karlova-Varto habe in den östlichen Provinzen Bingöl und Mus mit 93 Teams begonnen, darunter über 1.600 Mitarbeiter der Gendarmerie, der Polizei und der Dorfwächter. Die Operation Eren-5 Bagok in der südöstlichen Provinz Mardin finde mit 145 Einsatzteams statt, darunter über 2.500 Mitarbeiter der Gendarmerie, der Polizei und der Dorfwächter. Die ersten drei Phasen der Operation Eren-1 Tendürek, Eren-2 Lice und Eren-3 Mount Ararat seien bereits im Januar 2021 gestartet worden.

Die Operationen wurden nach Eren Bülbül benannt, einem 15-Jährigen, der am 11.08.17 von der PKK gefoltert worden sei.

### **Festnahme von IS-Verdächtigen**

Nach Medienberichten nahmen die türkischen Behörden vergangene Woche bei landesweiten Operationen 126 Personen fest, die verdächtigt werden, Verbindungen zum IS zu haben oder die Gruppe zu finanzieren. Dabei wurden auch Waffen, Dokumente, Pläne für Geldtransaktionen sowie größere Geldbeträge beschlagnahmt. Die Operation wurde in 58 Provinzen durchgeführt, es wird noch nach 22 weiteren Verdächtigen gefahndet.

### **Studenten wegen „Verunglimpfung des Islam“ festgenommen**

Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu nahm die Polizei am 30.01.21 vier Studenten fest, die bei einem Protest an der Istanbuler Boğaziçi-Universität mit einem Bild religiöse Werte beleidigt haben sollen. Sie hatten am 29.01.21 vor dem Rektorat der Universität ein Bild aufgehängt, das die Kaaba im saudi-arabischen Mekka neben einer LGBTQI-Regenbogenflagge zeigt. Nach zwei weiteren Verdächtigen werde noch gesucht. An der

Boğaziçi-Universität protestieren seit Wochen Studenten gegen die Ernennung eines ehemaligen Politikers der Regierungspartei AKP zum Rektor der Universität (vgl. BN v. 11.01.21).

## Tunesien

### **Proteste und gewaltsame Unruhen halten an**

Die seit 15./16.01.21 landesweit Demonstrierenden wenden sich weiterhin gegen die Regierung und die aktuellen ökonomischen Verhältnisse im Land, welche durch die COVID-19-Pandemie verschärft wurden. Ebenso protestieren sie gegen die Inhaftierung von geschätzt 1.400 Personen und die Polizeigewalt. Nach dem Tod eines jungen Mannes, der am 27.01.21 seinen Verletzungen erlag, die er bei einer Auseinandersetzung mit der Polizei erhalten haben soll, nimmt der Druck auf die Regierung zu.

### **Regierungsumbildung als Reaktion auf die Proteste**

Im Rahmen der Kabinettsumbildung ernannte Premierminister Hichem Mechichi elf neue Minister. Da keine Frauen im neuen Kabinett vertreten seien und er zudem Interessenskonflikte bei den ernannten Mitgliedern vermute, äußerte Staatspräsident Kais Saied, die Regierungsumbildung möglicherweise nicht anzunehmen.

## Uganda

### **Ende des Hausarrests**

Die ugandischen Sicherheitskräfte, die seit der Wahl am 14.01.21 das Haus des Oppositionspolitikers Bobi Wine umstellt und ihn faktisch unter Hausarrest gestellt hatten, verließen am 26.01.21 ihre Positionen. Damit wurde einem Gerichtsurteil entsprochen, das den Hausarrest für unrechtmäßig befand. Viele von Wines Unterstützern und Teammitgliedern stehen allerdings weiterhin unter Arrest.

## Vietnam

### **Kongress der Kommunistischen Partei bestätigt Generalsekretär im Amt**

Auf ihrem 13. Nationalkongress vom 25.01.21 bis zum 01.02.21 bestätigte die Kommunistische Partei Vietnams Generalsekretär Nguyen Phu Trong im Amt. Da er mit 76 Jahren eigentlich zu alt für eine dritte Amtszeit ist, wurde für ihn eigens eine Sonderregelung getroffen. Nguyen Phu Trong ist seit 2018 auch Staatspräsident. Das neu gewählte Zentralkomitee wählte ein neues 18 Personen umfassendes Politbüro. Wegen der COVID-19-Pandemie endete der Parteitag einen Tag früher als ursprünglich geplant.

### **COVID-19-Pandemie: neuer Ausbruch**

Aus dem Nordosten des Landes (Hauptstadt Hanoi und benachbarte Provinzen Hai Duong und Quang Ninh) wurde ein Ausbruch des Coronavirus mit insgesamt etwa 150 Infektionen bis zum 29.01.21 gemeldet. Das 96 Mio. Einwohner zählende Land ist bislang weniger von der Pandemie betroffen. Es verzeichnet insgesamt 1.781 Infektionen und 35 Todesfälle. Der letzte größere Ausbruch fand im Juli/August 2020 um die zentralvietnamesische Küstenstadt Stadt Da Nang statt.

## Weißrussland

### **Festnahmen bei Protesten gegen Präsident Lukaschenko**

Die Polizei nahm am 31.01.21 bei erneuten Demonstrationen gegen Präsident Lukaschenko mehr als 160 Personen fest. Damit dauern die regelmäßigen Protestkundgebungen bereits seit August 2020 an. Statt der anfänglichen Massenproteste organisiert die Opposition inzwischen dezentrale Protestaktionen, bei denen die Teilnehmenden nach kurzfristiger Mitteilung des Versammlungsortes an verschiedenen Orten eines Stadtgebiets zusammenkommen. Auf diese Weise soll das Einschreiten der Sicherheitskräfte erschwert werden.



## **Westbalkan**

### **Weiterhin Wahrnehmung von verbreiteter Korruption**

Im Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index, CPI) von Transparency International (TI) schneidet der Westbalkan weiterhin schlecht ab. Als einziges Land der Region verbesserte sich Albanien im nun veröffentlichten Ranking für 2020 im Vergleich zu 2019 um einen Punkt auf 36 von 100 möglichen Punkten (je höher die Punktzahl, desto geringer die Korruptionswahrnehmung im betroffenen Land). Das bedeutet Rang 104 von 180 im Index erfassten Ländern, gemeinsam mit Kosovo, das unverändert 36 Punkte erzielte. Den besten Wert in der Region erreichte Montenegro mit unverändert 45 Punkten (Rang 67). Nordmazedonien sowie Bosnien und Herzegowina, das seit Einführung der aktuellen Bewertungsmethode im Jahr 2012 den schlechtesten Trend in der Region zeigt, erhielten 35 Punkte nach 36 im Vorjahr und verschlechterten sich weiter auf den gemeinsamen Rang 111 (vgl. BN v. 27.01.20). Serbien verschlechterte sich ebenfalls (38 Punkte, Rang 94; 2019: 39/Rang 91). TI zufolge ist die weitere Entwicklung einer demokratischen Erosion in Serbien besonders zu beobachten. Im Gesundheitssektor stehe Korruption der fachlichen Spezialisierung und Karriereentwicklung von Mitarbeitenden entgegen. Im Zuge der COVID-19-Pandemie sei die Regierung gegen Gesundheitspersonal, das sich kritisch zum Umgang der Regierung mit der Pandemie geäußert hatte, vorgegangen (vgl. BN v. 26.10.20) und habe den Zugang zu Informationen über die Beschaffung von medizinischem Material eingeschränkt.

## **Zentralafrikanische Republik**

### **200.000 Flüchtlinge und Binnenvertriebene**

Wie der UNHCR am 29.01.21 meldete, wurden durch die im Zusammenhang mit den Wahlen vom 27.12.20 ausgebrochene Gewalt über 200.000 Menschen vertrieben, mehr als die Hälfte davon landesintern. 92.000 seien in die DR Kongo und 13.200 in die Nachbarländer Kamerun, Tschad und Republik Kongo geflohen. Die unsichere Lage im Land behindere die humanitäre Versorgung Zehntausender Vertriebener, die unter schwierigen Verhältnissen lebten.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing Notes  
**BN-Redaktion@bamf.bund.de**